

Präsident des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 28. September 2018

Geschäftszahl (GZ): BMDW-10.101/0174-IM/a/2018

- In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1482/J betreffend "Wirkungsziel - Österreichische Außenwirtschaft stärken", welche die Abgeordneten Josef Schellhorn, Kolleginnen und Kollegen am 31. Juli 2018 an mich richteten, stelle ich fest:

**Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:**

1. *Im Bundesvoranschlag 2019/UG 40 beim Wirkungsziel 3 wird die österreichische Außenwirtschaft angesprochen. Der Zielzustand des nominellen Gesamtexports gemessen am BIP wurde in den letzten Jahren nicht erreicht. Welche Strategie verfolgt die Regierung um das Wirkungsziel in den kommenden Jahren zu erreichen?*

Die außenwirtschaftliche Entwicklung wird durch eine effektive Außenwirtschaftspolitik positiv beeinflusst, hängt jedoch auch von Entwicklungen auf dem Weltmarkt ab. In den letzten Jahren hat sich die Nachfrage in wichtigen Märkten außerhalb der EU auch aufgrund geopolitischer und wirtschaftlicher Trends nicht wie erwartet entwickelt. Die Bundesregierung steht weiterhin zu dem Ziel der Diversifizierung von Exporten in Drittmarkte bzw. Märkte außerhalb der EU. Dies wird auch durch die Internationalisierungsoffensive unterstützt.

**Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:**

2. *Im Budgetvoranschlag 2019 der UG40 wurde das Wirkungsziel 40.3.3 - "Nachhaltige Entwicklung des Warenexportanteils in Staaten außerhalb der EU" definiert.*

*Berechnungsmethode ist der Anteil der Warenexporte in Länder außerhalb der EU am österreichischen Gesamtwarenexport. Für das Jahr 2017 wurden als Zielzustand 31,6% festgelegt. Für (das) Jahr 2018 wurde der Zielzustand allerdings um 1,5% gesenkt auf einen Wert von 30,1 %. Wie wird diese Annahme begründet?*

Der Zielzustand 2018 wurde vom Istzustand 2017 abgeleitet und mithin auf praktisch gleichem Niveau angesetzt. Die Abweichung des Istzustands 2017 von seinem Zielzustand resultiert daraus, dass Exporte in Mitgliedstaaten der EU mit +8,7 % noch stärker gestiegen sind als Exporte in EU-Drittstaaten mit immerhin +7,3 %. Mit Ausnahme von 2007 ist von 2004 bis 2014 der Anteil der Exporte in EU-Drittstaaten kontinuierlich gewachsen. Seit 2015 sind die Exporte in die EU stärker angestiegen als die Exporte in EU-Drittstaaten. Globale wirtschaftliche und geopolitische Tendenzen der letzten Jahre haben sich auf die Nachfrage in wichtigen EU-Drittmarkten ausgewirkt.

#### **Antwort zu den Punkten 3 und 4 der Anfrage:**

3. *Geht die Regierung davon aus, dass dieses herabgesetzte Ziel erfüllt werden kann?*
4. *Wie hoch schätzt das BMDW die Zahl für 2018, wenn man die ersten 2 Quartale hochrechnet?*

Eine Hochrechnung der Werte für die ersten beiden Quartale 2018 ergibt derzeit für das Gesamtjahr 2018 einen Anteil der Exporte in EU-Drittstaaten von 29,9%.

#### **Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:**

5. *Im Regierungsprogramm 2017-2022 plant die Regierung ein verstärktes Nation Branding. Welche Maßnahmen sind hierbei angedacht?
  - a. *Bis wann werden diese Nation Branding Maßnahmen umgesetzt?*
  - b. *Gibt es schon Vorschläge oder Strategien wie diese Maßnahmen aussehen?**

Vorschläge und Strategien betreffend Nation Brand-Maßnahmen werden derzeit unter anderem im Rahmen der Arbeiten zur Außenwirtschaftsstrategie diskutiert. Ein wirk-sames Instrument zur erfolgreichen und nachhaltigen Positionierung der Marke Öster-

reich im Ausland ist jedenfalls die Teilnahme Österreichs an Weltausstellungen, konkret der EXPO 2020 Dubai.

**Antwort zu den Punkten 6 und 7 der Anfrage:**

6. *Im Regierungsprogramm 2017-2022 plant die Regierung eine Neuaustrichtung der internationalen Vermarktung des Wirtschaftsstandorts Österreich umzusetzen. Welche Maßnahmen sind im Zuge der Neuaustrichtung angedacht?*
  - a. *Bis wann wird die Neuaustrichtung der internationalen Vermarktung des Wirtschaftsstandorts Österreich umgesetzt?*
  - b. *Gibt es schon Vorschläge oder Strategien, wie diese Maßnahmen aussehen?*
7. *Die Regierung hat vereinbart, dass BMEIA, BMWFW und Wirtschaftskammer eine gemeinsame Außenhandelspolitik im Interesse Österreichs erarbeiten wollen. Wie ist hierbei der Status?*
  - a. *Welche Maßnahmen sind in Planung?*
  - b. *Gibt es hier schon eine Timeline zur Umsetzung?*

Die Arbeiten zur Ausarbeitung einer Außenwirtschaftsstrategie sind auf Basis der im Ministerratsbeschluss vom 3. April 2018 festgehaltenen Zielsetzungen und Planungen im Gange und sollen bis Jahresende abgeschlossen sein.

Die Ausarbeitung der neuen Außenwirtschaftsstrategie erfolgt in einem partizipativen Prozess unter der Federführung des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort gemeinsam mit dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres und der Wirtschaftskammer Österreich unter Einbeziehung führender Expertinnen und Experten und Berücksichtigung von Erkenntnissen Internationaler Organisationen, wie beispielsweise der OECD und der WTO.

**Antwort zu Punkt 8 der Anfrage:**

8. *Laut einer Aussendung von EY gibt es bei der Nutzung digitaler Angebote sowie beim Zugang zu IT-Technologien Aufholbedarf. Österreich ist nach wie vor beim Zugang zu Breitband-Internet unter dem EU- und OECD-Schnitt. Auch eine WIFO-Studie bescheinigt, dass die Schweiz das Fünffache an Kapital in diese Technologien investiert. Sieht das BMWFW in diesem Zusammenhang eine Gefahr?*

*a. Wenn ja, wie plant die Regierung hier gegenzusteuern?*

Bei Fragen in Bezug auf den Zugang und die Nutzung digitaler Angebote wird im europäischen Kontext üblicherweise auf den Digital Economy and Society Index (DESI) zurückgegriffen. Es handelt sich dabei um ein von der Europäischen Kommission entwickeltes und auf nationaler Ebene jährlich erhobenes Ranking, das einen Vergleich des digitalen Fortschritts der Mitgliedstaaten in fünf Dimensionen und ein Monitoring der Entwicklung über die Zeit erlaubt. Die Dimensionen setzen sich wie folgt zusammen: Konnektivität, Humankapital, Internetnutzung, Integration der Digitaltechnik, Digitale öffentliche Dienste.

Österreich gehört mit dem 11. Gesamtplatz zum "medium performing cluster". Die anderen Mitgliedstaaten in dieser Gruppe sind Spanien, Malta, Litauen, Deutschland, Slowenien, Portugal, Tschechien, Frankreich und Lettland.

Während Österreich bei den Dimensionen "Digitale öffentliche Dienste" und "Humankapital" zu den "Top 10" in Europa zählt, sind die für Österreich am niedrigsten gerankten Dimensionen die "Internetnutzung" (Platz 19) und "Konnektivität" (Platz 17).

Wenngleich einzelne Indikatoren und Gewichtungen des DESI nicht unumstritten und hinterfragenswürdig sind, wird dieses Ergebnis als Auftrag verstanden, vor allem bei den beiden Dimensionen "Internetnutzung" und "Konnektivität" deutliche Fortschritte anzustreben. Mit Vorhaben wie dem Breitband- und 5G-Ausbau oder oesterreich.gv.at soll ein positiver Digitalisierungsschub geleistet werden. So soll etwa die in Entwicklung befindliche Plattform oesterreich.gv.at als zentrale Online-Plattform angeboten werden und die wichtigsten Behördengänge ab der Geburt eines Kindes inkludieren. Dazu werden bereits bestehende Plattformen wie der Amtshelfer help.gv.at oder das Unternehmensserviceportal usp.gv.at angebunden. In den zehn häufigsten Lebenssituationen sollen Anträge online rund um die Uhr von Zuhause und auch vom Smartphone gestellt werden können.

Das Regierungsprogramm enthält eine Reihe weiterer relevanter Digitalisierungsmaßnahmen, etwa den zügigen Ausbau einer modernen und leistungsfähigen Telekommunikationsinfrastruktur. Ziel ist es, für 2025 eine landesweite Versorgung mit Gigabit-Anschlüssen zusätzlich zur landesweit mobilen 5G-Versorgung zu erreichen. Die Bun-

desregierung hat dazu kürzlich die 5G-Strategie beschlossen. Damit sollen zügige Fortschritte im Bereich der Glasfaserinfrastruktur bzw. im Bereich der ultraschnellen Breitbandanschlüsse erzielt werden und so die Vorteile der digitalen Transformation für alle Bürgerinnen und Bürger sowie sämtliche Wirtschaftssektoren bestmöglich nutzbar gemacht werden.

Zudem wurde jüngst die Einrichtung einer Digitalisierungsagentur (DIA) auf den Weg gebracht, mit der die Digitalisierung weiter vorangetrieben werden soll. Die DIA soll als zentrale Plattform insbesondere Impulsgeber für die digitale Transformation der Wirtschaft sein. Es geht um die Koordination, Festlegung und Umsetzung von relevanten Digitalisierungsmaßnahmen sowie die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen. Gleichzeitig soll die DIA Anlaufstelle für nationale und internationale Digitalisierungsfragen sein. Österreich folgt damit dem Beispiel führender Digitalisierungsnationen wie Singapur, Großbritannien, Finnland oder Dänemark, die Digitalisierungsagenturen erfolgreich etabliert haben.

Schließlich ist der Bereich der digitalen Kompetenzen ("eSkills") hervorzuheben: Um die Chancen der Digitalisierung bestmöglich nutzen zu können, braucht es in der Gesellschaft verstärkt digitale Kompetenzen. Hier sollen Projekte wie Fit4Internet und Fit4Digital deutliche Impulse setzen.

Dr. Margarete Schramböck

